

Antrag:

Die vorgelegte Neufassung der Statuten sei zu verwerfen und der Verwaltung sei der Auftrag zu geben, nur das Kapitel "Mitgliedschaft" zu revidieren.

Begründung:

Die Korporation wird ein rein profitorientiertes Unternehmen.

Der Verwaltung wird noch mehr Macht eingeräumt.

Die demokratischen Rechte der Korporationsbürger werden extrem eingeschränkt.

Zweckartikel: Das „Interesse der Korporationsbürger“ ist kein Kriterium mehr.

Der Gemeinde werden viele Rechte entzogen:

- Die Aufnahme von Neumitgliedern
- Die Genehmigung des Gemeindeprotokolls
- Die Kompetenz zum Erlass von Reglementen
- Die Genehmigung von Verträgen über dingliche Rechte an Korporationsgrundstücken
- Der Erlass von Richtlinien über die Landvermietung
- Die Bewilligung von Kreditaufnahmen

Die Mitgliedschaft wird zur Geheimsache.

Die Verwaltung bekommt ein absolutes Informationsmonopol.

Das Protokoll kann nicht mehr durch die Bürger berichtigt werden.

Wichtige Reglemente können allein von der Verwaltung bestimmt werden.

Liegenschaftsgeschäfte tätigt die Verwaltung auf eigene Faust.

Fragen und Diskussionen sind verunmöglicht.

Die demokratische Kontrolle und Einflussnahme der Gemeinde auf alle Geschäfte wird praktisch ausgeschaltet.

Die Entschädigung der Verwaltungsmitglieder, die in den neuen Gremien sitzen, ist nirgends geregelt.

Die Verwaltung legt die Ziele und die Politik der Korporation fest ohne jede Mitwirkung der Gemeinde.

Die Ausstandspflicht der Verwaltung wird weiter verwässert.

Geschäften aller Art unter Ausschluss der Gemeinde werden Tür und Tor geöffnet.

Die Verwaltung beschliesst ohne Mitwirkung der Gemeinde über das Budget.

Die Kontrolle durch die Geschäftsprüfungskommission wird geschwächt.

Die Korporation Pfäffikon soll nur noch zur Firma mit reinem Profitdenken werden.

Der ursprüngliche, gemeinnützige Korporationsgedanke geht bachab.